

## P R O T O K O L L

über die am Donnerstag, dem 16. März 2006, um 19.00 Uhr im Rathaus - Sitzungssaal, 3. Stock, stattgefundene Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf (öffentliche Sitzung).

### Anwesend waren:

|                              |     |
|------------------------------|-----|
| Bgmst. Johann Karl           | SPÖ |
| Vzbgmst. Annemarie Burghardt | SPÖ |

### Die Stadträte:

|                   |     |
|-------------------|-----|
| Josef Daubeck     | SPÖ |
| Ing. Ernst Escher | SPÖ |
| Robert Michl      | SPÖ |
| Robert Pintz      | SPÖ |
| Rene Lobner       | ÖVP |

### Die Gemeinderäte:

|                      |     |
|----------------------|-----|
| Johann Beier         | SPÖ |
| Kurt Burghardt       | SPÖ |
| Kerstin Cap          | SPÖ |
| Franz Csucker        | SPÖ |
| Ernst Gugler         | SPÖ |
| Franz Irlvek         | SPÖ |
| HR Dr. Gerhard Janda | SPÖ |
| Olga Pamperl         | SPÖ |
| Josef Pürschl        | SPÖ |
| Christine Rohatsch   | SPÖ |
| Markus Schönbauer    | SPÖ |
| Herbert Schweiger    | SPÖ |
| Michael Tkadlec      | SPÖ |
| Christian Worlicek   | SPÖ |

|                   |     |
|-------------------|-----|
| Helene Kästner    | ÖVP |
| Dr. Anton Kögler  | ÖVP |
| Johannes Kruty    | ÖVP |
| Roman Reissig     | ÖVP |
| Margarete Scheidl | ÖVP |
| Rudolf Stöger     | ÖVP |
| Margit Wilmsen    | ÖVP |

|                 |       |
|-----------------|-------|
| Gerhard Krammer | GRÜNE |
| Ernst Nadler    | GRÜNE |
| Volker Weiss    | GRÜNE |

|              |     |
|--------------|-----|
| Franz Weindl | FPÖ |
|--------------|-----|

Entschuldigt abwesend:

Christine Beck

ÖVP

Schriftführer:

Stadtamtsdirektor Anton Wildmann

Herr Bürgermeister Johann Karl eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Tagesordnung lautet:

**- - - Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -**

**Berichterstatter: Bürgermeister Johann Karl**

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 26. Jänner 2006
2. Bericht Winterferientage
3. Resolution gegen die Nahverkehrsreform

**Berichterstatter: Vizebgmst. Annemarie Burghardt**

4. Vergabe Gemeindewohnungen und Genehmigung Mietverträge
5. Kindergärten – Erhöhung Beiträge

**Berichterstatter: StR. Ing. Ernst Escher**

6. Rechnungsabschluss 2005 und Stellungnahme zum Prüfbericht vom 21. Februar 2006
7. Darlehensaufnahme „Straßenbau und Gehwege“
8. Subventionen

**Berichterstatter: StR. Josef Daubeck**

9. Novofermstraße, Verrohrung Wiesengasse – Genehmigung Vertrag
10. Mobile, personengeschützte Messungen
11. Übereinkommensvertrag mit Anrainergemeinden wegen Anrufsammeltaxi

**Berichterstatter: StR. Robert Pintz**

12. Neugestaltung Kulturhausgarten - Architektenleistungen
13. Jugendzentrum – Auszahlung Budgetmittel
14. Ostermarkt am Kirchenplatz
15. Gage für Konzert der Philharmonie Marchfeld

**Berichterstatter: StR. Robert Michl**

16. Hallenbad – Neugestaltung Kassahalle und Restaurant, Architektenleistungen

**Berichterstatter: StR. Renè Lobner**

17. Sperrmüllabfuhr

- - - N i c h t Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

18. Grundstückstransaktionen - Abtretungsverträge
19. Dienstbarkeitsverträge mit der EVN
20. Betriebsgrundstücke – Verzicht auf Kaufoptionen
21. Personalangelegenheiten
22. Ankauf eines Waldgrundstückes
23. Förderung „Alternativer Energiequellen“
24. Forderungsabschreibung

Herr GR. Rudolf Stöger stellt den Antrag, dass der Tagesordnungspunkt 21 „Personalangelegenheiten“ von der nicht öffentlichen Sitzung in die öffentliche Sitzung genommen werden soll bzw. dass dieser Tagesordnungspunkt in der öffentlichen Sitzung behandelt werden soll.

**Der Antrag des Herrn GR. Rudolf Stöger wird mit 21 Stimmen gegen 11 Stimmen (ÖVP – StR. Rene Lobner, GR. Rudolf Stöger, GR. Margit Wilmsen, GR. Margarete Scheidl, GR. Helene Kästner, GR. Dr. Anton Kögler, GR. Roman Reissig, GR. Johannes Kruty, GRÜNE – GR. Volker Weiss, GR. Ernst Nadler, GR. Gerhard Krammer) abgelehnt.**

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

**Punkt 1:** Der Bürgermeister Johann Karl berichtet, dass gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 26. Jänner 2006 während der Auflagefrist keine Einwendungen vorgebracht wurden. Das Protokoll ist somit genehmigt.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

**Punkt 2:** Der Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass beiliegende Abrechnung der „Winterferientage 2005“ (Beilage 1) zur Kenntnis genommen werden soll.

**Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

Bearbeiter: Petsche

**Punkt 3:** Der Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die nachstehende Resolution gegen die Nahverkehrsreform beschlossen werden soll.

**Nahverkehrsreform gefährdet die regionale Erreichbarkeit von Gänserndorf**

Die Bundesregierung beharrt trotz deutlicher Kritik der Landeshauptleutekonferenz im vergangenen Mai und im November 2005 auf einer nahezu vollständigen „Verlängerung“ des Regionalverkehrs. Nach dem am 12.11.2005 den Landeshauptleuten vorgelegten Entwurf soll die Verpflichtung zur Bereitstellung eines Grundangebots aus dem ÖPNRVG gestrichen werden. Der gesamte Regionalverkehr wird den Ländern aufgebürdet. Es gibt keinerlei Vorkehrungen, dass der interregionale, regionale und lokale Verkehr zu einem zukunftsweisenden Ganzen zusammen geführt werden kann.

Die Regionen und Gemeinden waren bis jetzt schon regelmäßig die Leidtragenden von Reformen auf Bundesebene. Die Auslagerungen und Privatisierungen von Post und Telekom-Infrastruktur haben die Versorgung der Regionen schon erheblich geschwächt.

Die Verkehrsentwicklung der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass die zunehmende Konzentration wirtschaftlicher Aktivität auf wenige Zentren und Achsen zu erheblichem Kaufkraftverlust in der Region geführt hat. Öffentlicher Verkehr ist teilweise die letzte Lebensader einer Gemeinde zur Kaufkraft der Wirtschaftszentren. Dieser öffentliche Verkehr hat in den letzten Jahren vor allem im Busbereich massiv an Kunden verloren. Die Gemeinden stehen damit vor einer immer größeren Gruppe an immobilen Mitbürgern, die ohne Auto ihre Lebensbedürfnisse (Apotheke, Lebensmittelgeschäft, Post, Schule, Behördenwege) nicht mehr befriedigen können. Die Gemeinden haben mit steigender sozialer Ausgrenzung und Abwanderung zu kämpfen.

Der Gemeinderat von **Gänserndorf** drückt seine begründete Sorge aus, ...

- dass eine „Verlängerung“ ohne gesetzliche Absicherung eines Grundangebotes an öffentlichem Verkehr vor allem die ländlichen Regionen massiv schwächen wird.
- dass eine „Verlängerung“ ohne erhebliche zusätzliche Mittelzuweisung zu erheblichem Druck führen wird, dass die Gemeinden für ihre Verkehrsanbindung selbst Budgetmittel zuschießen müssen.
- dass eine „Verlängerung“ vor allem der Regionalbahnen zu einer massiven Schließungswelle führen wird, da die Länder aus Geldnot auf den billigeren, aber weniger leistungsfähigen Bus umschwenken müssen.

Der Gemeinderat von **Gänserndorf** fordert daher die Bundesregierung auf...

- in das ÖPNRVG ein verpflichtend bereit zu stellendes Grundangebot aufzunehmen, das analog zur Schweizer Abgeltungsverordnung zum Eisenbahngesetz allen Siedlungen mit mehr als 100 Einwohnern eine Mindestversorgung an öffentlichem Verkehr garantiert.
- in das ÖPNRVG einen Passus aufzunehmen, demzufolge eine österreichweite Strategie zu erarbeiten ist, mit der alle Gemeinden die Sicherheit einer Grundversorgung an leistbarem, attraktivem öffentlichem Verkehr mit definierten und überprüfbaren Standards haben.
- vor einer „Verlängerung“ dafür Sorge zu tragen, dass das derzeitige und zukünftig nötige Angebot an öffentlichem Verkehr nachhaltig ausfinanziert ist und Länder und Gemeinden nicht wie im derzeitigen Entwurf künftig große Lasten zu tragen haben.
- vor einer „Verlängerung“ mit gesetzlichen Bestimmungen dafür Sorge zu tragen, dass die Gemeinden die Sicherheit haben, nicht nur an einen leistungsfähigen Regionalverkehr angebunden zu sein, sondern auch an den interregionalen Fernverkehr.

Der öffentliche Verkehr steht österreichweit am Scheideweg: Der Gemeinderat von **Gänserndorf** appelliert an die Bundesregierung, diese lebenswichtige Verkehrsanbindung nicht zu gefährden, sondern langfristig abzusichern

Die Mittel zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs sind durch den schleichenden Rückzug des Bundes weitgehend erschöpft. Gleichzeitig kommt aber massiver nachholender Investitionsbedarf auf uns zu, sowohl bei der Bestellerförderung als auch bei der Regionalbahninfrastruktur. Ein Verlagern dieser Finanzierungslasten auf die Länder ist nicht leistbar und führt unweigerlich zu Stilllegungen von Regionalbahnstrecken, Umstellung auf den Bus, aber gleichzeitig langfristig zur Ausdünnung des gesamten ÖPNV-Systems.

Herr GR. Franz Weindl stellt fest, dass er für diesen Antrag stimmen wird, da die Stadtgemeinde Gänserndorf der Bevölkerung und nicht der Bundesregierung verpflichtet ist. Außerdem werden seitens der Bundesregierung immer wieder Bundeskompetenzen auf die Länder abgewälzt.

Herr GR. Rudolf Stöger ist der Ansicht, dass das Land kompetent genug ist um mit der Bundesregierung Verhandlungen zu führen. Die ÖVP-Fraktion wird daher gegen diesen Antrag stimmen.

Herr GR. Volker Weiss stimmt dieser Resolution inhaltlich voll und ganz zu. Es geht nicht, dass einzelne Regionen nicht an den öffentlichen Verkehr angebunden werden.

**Der Antrag wird mit 24 Stimmen gegen 8 Stimmen (ÖVP – StR. Rene Lobner, GR. Rudolf Stöger, GR. Margit Wilmsen, GR. Margarete Scheidl, GR. Helene Kästner, GR. Dr. Anton Kögler, GR. Roman Reissig, GR. Johannes Kruty) angenommen.**

Bearbeiter: Lang

**Punkt 4:** Frau Vizebürgermeister Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass

a) Herrn **Nemec Roland**, dzt. wohnhaft in Gänserndorf, Grillparzergasse 2/13 die Gemeindewohnung **Grillparzergasse 2/5** (vorm. Vogel Christine) in der Größe von 48,12 m<sup>2</sup>, bestehend aus 2 Zimmern, 1 Vorraum, 1 Küche, 1 Bad, 1 WC und 1 Abstellraum zu einem Mietzins (Kat. B mit Indexsicherung) ab 1.4.2006

und aufgrund des Wohnungstausches (Hr. Nemec zieht in die Wohnung Nr. 5 im Wohnblock Grillparzergasse 2)

b) an Frau **Held Elfriede** die Gemeindewohnung **Grillparzergasse 2/13** in der Größe von 33,60 m<sup>2</sup> und besteht aus 1 Zimmer, Küche, Bad, WC und Vorraum zu einem Mietzins (Kat. B mit Indexsicherung) ab Freiwerden (voraussichtlich mit 1.4.2006)

Weiters möge der Gemeinderat die vorliegenden **Mietverträge**, abgeschlossen ab Übernahme der Wohnung, betr. Vermietung der Gemeindewohnungen

**Grillparzergasse 2/5 und  
Grillparzergasse 2/13**

beschließen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 5:** Frau Vizebürgermeister Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass in den Gänserndorfer Kindergärten ab dem kommenden Kindergartenjahr (September 2006) folgende Beiträge eingehoben werden sollen:

Essensbeitrag pro Mahlzeit: € 2,40 inkl. 10 % (derzeit 2,--)

Elternbeitrag pro Monat: € 8,50 inkl. 10 % (derzeit 8,--)

Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass diese Anpassung ein heikles Thema ist, da es im vorgeschlagenen Fall teilweise zu einer Erhöhung von 20 % kommt. Sieht jedoch ein, dass die Gemeinde kostendeckende Beiträge einheben muss. Es sollte daher in kürzeren Abständen eine Überprüfung der Beiträge durchgeführt werden.

Herr GR. Franz Weindl wird gegen die Beitragserhöhung stimmen.

**Der Antrag wird mit 31 Stimmen gegen 1 Stimme (FPÖ – GR. Franz Weindl) angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 6:** Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2005 mit den Gesamtsummen im

|                            |           |   |               |
|----------------------------|-----------|---|---------------|
| Ordentlichen Haushalt      | Einnahmen | € | 15,341.891,28 |
|                            | Ausgaben  | € | 15,341.891,28 |
| Außerordentlichen Haushalt | Einnahmen | € | 6,804.116,48  |
|                            | Ausgaben  | € | 5,672.423,41  |

genehmigt werden soll.

Weiters berichtet Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher, dass der Prüfungsausschuss am 21. Februar 2006 den Rechnungsabschluss 2005 (Beilage 2) geprüft hat. Eine Stellungnahme des Bürgermeisters und des Kassenverwalters zum Prüfbericht liegt dem Akt bei. Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher verliest in weiterer Folge den letzten Satz des Prüfungsausschussprotokolls, welcher wie folgt lautet:

„Abschließend stellt der Prüfungsausschuss fest, dass der Rechnungsabschluss 2005 für in Ordnung befunden wird und schlägt dem Gemeinderat vor, obgenannten Rechnungsabschluss in der vorliegenden Fassung zu beschließen.“

Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher berichtet in weiterer Folge dem Gemeinderat ausführlich über die wesentlichen Punkte des Rechnungsabschlusses 2005 (Beilage 3).

**Der Antrag wird mit 24 Stimmen gegen 8 Stimmen (ÖVP – StR. Rene Lobner, GR. Rudolf Stöger, GR. Margit Wilmsen, GR. Margarete Scheidl, GR. Helene Kästner, GR. Dr. Anton Kögler, GR. Roman Reissig, GR. Johannes Kruty) angenommen.**

Bearbeiter: Wildmann

**Punkt 7:** Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für das Vorhaben „Straßenbau und Gehwege“ ein Darlehen in Höhe von € 300.000,- bei der Marchfelder Volksbank zu einem variablen Zinssatz (6-Monats-EURIBOR mit Aufschlag 0,049 %, Laufzeit: 15 Jahre, Verzinsung: dekursiv halbjährlich, 30/360) von derzeit 2,769 % aufgenommen werden soll.

Herr GR. Volker Weiss ist der Ansicht, dass bei der Ausschreibung darauf hingewiesen werden sollte, dass die Gemeinde bezüglich der Zinssätze die Möglichkeit der Nachverhandlung haben sollte. Dies sollte bei zukünftigen Ausschreibungen vermerkt werden.

Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher gibt hierzu bekannt, dass in der letzten Finanzausschusssitzung dieses Thema behandelt wurde. Es könnte auch sein, dass man bei der nächsten Beschlussfassung bezüglich einer Darlehensaufnahme ein Fixzinssatz vorgeschlagen wird.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Wildmann

**Punkt 8:** Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass

- a) der UNION Raika Gänserndorf auf Grund des Ansuchens vom 11. Jänner 2006 60 Freistunden in der Stadthalle für das Jahr 2006 genehmigt werden sollen.

Herr GR. Volker Weiss gibt zu den Subventionsanträgen bekannt, dass seine Fraktion gegen alle Anträge stimmen wird. Stellt jedoch fest, dass sich diese Ablehnung nicht gegen die einzelnen Vereine bzw. Veranstaltungen richtet. Es wurde bereits in den letzten Gemeinderatssitzungen festgehalten, dass für die einzelnen Vereine Aufstellungen über die gewährten außerordentlichen Subventionen gemacht werden sollen.

Herr GR. Rudolf Stöger ist der Ansicht, dass am Ende des Jahres eine Auflistung über die Einzahlungen der einzelnen Vereine erstellt werden sollte.

**Der Antrag wird mit 29 Stimmen gegen 3 Stimmen (GRÜNE – GR. Volker Weiss, GR. Ernst Nadler, GR. Gerhard Kramer) angenommen.**

- b) dem SV OMV Gänserndorf auf Grund des Ansuchens vom Jänner 2006 30 Freistunden in der Stadthalle für das Jahr 2006 genehmigt werden sollen.

**Der Antrag wird mit 29 Stimmen gegen 3 Stimmen (GRÜNE – GR. Volker Weiss, GR. Ernst Nadler, GR. Gerhard Kramer) angenommen.**

- c) der Jagdgesellschaft Gänserndorf (Bezirksgeschäftsstelle Gänserndorf) aufgrund des Ansuchens vom 1. März 2006 die Stadthallenmiete für den „Bezirksjägartag“ am 5. März 2006 zur Gänze erlassen werden soll.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt den Antrag, dass für diese Veranstaltung eine 40 %-iger Nachlass auf die Stadthallenmiete gewährt werden soll, obwohl es sich hier um keinen Gänserndorfer Verein handelt.

Herr Bürgermeister Johann Karl stellt hierzu fest, dass diese Veranstaltung jede Person unentgeltlich besuchen konnte. Es wurde lediglich für eine Tombola etwas auf freiwilliger Basis verlangt. Die austragende Organisation war die Jagdgesellschaft Gänserndorf. Außerdem ist diese Veranstaltung gesetzlich vorgeschrieben. Teilt jedoch mit, dass diese Veranstaltung in den nächsten Jahren in Obersiebenbrunn abgehalten wird, das heißt, dass diese Veranstaltung für die nächste Zeit das letzte Mal in Gänserndorf abgehalten wurde.

**Der Antrag des Herrn GR. Rudolf Stöger wird mit 21 Stimmen gegen 11 Stimmen (Gegenstimmen - ÖVP – StR. Rene Lobner, GR. Rudolf Stöger, GR. Margit Wilmsen, GR. Margarete Scheidl, GR. Helene Kästner, GR. Dr. Anton Kögler, GR. Roman Reissig, GR. Johannes Kruty, Stimmenthaltung - GRÜNE – GR. Volker Weiss, GR. Ernst Nadler, GR. Gerhard Kramer) abgelehnt.**

**Der Antrag des Herrn StR. Ing. Ernst Escher wird mit 21 Stimmen gegen 11 Stimmen (Gegenstimmen - ÖVP – StR. Rene Lobner, GR. Rudolf Stöger, GR. Margit Wilmsen, GR. Margarete Scheidl, GR. Helene Kästner, GR. Dr. Anton Kögler, GR. Roman Reissig, GR. Johannes Kruty - GRÜNE – GR. Volker Weiss, GR. Ernst Nadler, GR. Gerhard Kramer) angenommen.**

- d) der Klasse III/C der Bundeshandelsakademie Gänserndorf aufgrund des Ansuchens vom 3. März 2006 die Stadthallenmiete für ein „Benefiz-Clubbing“ zu Gunsten der „Schmetterlingskinder“ zur Gänze erlassen werden soll.

**Der Antrag wird mit 29 Stimmen gegen 3 Stimmen (GRÜNE – GR. Volker Weiss, GR. Ernst Nadler, GR. Gerhard Kramer) angenommen.**

- e) der Christoffel Entwicklungszusammenarbeit - LICHT FÜR DIE WELT aufgrund des Ansuchens vom 25. Jänner 2006 die Kulturhausmiete für einen Vortrag betreffend „NIEDERÖSTERREICHER RETTEN AUGENLICHT“ zur Gänze erlassen werden soll.

**Der Antrag wird mit 29 Stimmen gegen 3 Stimmen (GRÜNE – GR. Volker Weiss, GR. Ernst Nadler, GR. Gerhard Kramer) angenommen.**

Bearbeiter: Petsche

**Punkt 9:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass beiliegender Vertrag mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend der Verrohrung des Wiesengrabens in der Novofermstraße, Grundstück Nr. 2639/1, EZ 2252 genehmigt werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 10:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Fa. Velometer mit der mobilen Radarüberwachung auf 6 Monate ab April / 06, zu einer Summe von € 5.000,-- exkl. USt. beauftragt werden soll.

Die Stadtgemeinde Gänserndorf führt seit Juli/04 mobile Messungen im Stadtgebiet durch. Da sich diese Maßnahme bewährt, soll eine Beauftragung auch 2006 erfolgen. Es soll die Fa. Velometer mit der Dienstleistung auf weitere 6 Monate ab April beauftragt werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf € 5.000,-- / Monat. In diesen Kosten sind die Bearbeitungsgebühren inbegriffen.

**Der Antrag wird mit 31 Stimmen gegen 1 Stimme (Stimmenthaltung – ÖVP – GR. Johannes Kruty) angenommen.**

Bearbeiter: Gindl

**Punkt 11:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass beiliegender Übereinkommenvertrag (Beilage 4) beschlossen werden soll.

Es soll ein gemeinsames Anrufsammeltaxi mit den Gemeinden Gänserndorf, Strasshof und Weikendorf installiert werden. Dazu ist es für die weitere Abwicklung erforderlich, einen Übereinkommenvertrag zu beschließen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Gindl

**Punkt 12:** Herr Stadtrat Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, den Abschluss des vorliegenden Werkvertrages mit DI. Heimo Math unter der Projektleitung der Architektengemeinschaft Sammer/Streeruwitz betr. der Generalplanung (inkl. Landschaftsplanung, Statik und Bauphysik) im Zuge der Neugestaltung des Kulturhausgartens Schmied Villa zur Kenntnis zu nehmen.

Der Abschluss des Vertrages mit Arch. DI Heimo Math ist deshalb erforderlich, da die Architektengemeinschaft Sammer/Streeruwitz, die mit Gemeinderatsbeschluss vom 7.9.2005 Pkt. 17 bereits mit den Architektenleistungen beauftragt wurden, aus Haftungsgründen nicht als Generalplaner auftreten kann (keine Befugnis als Zivilingenieure).

Herr Stadtrat Robert Pintz erläutert eingehend die geplanten Bautätigkeiten im Kulturhausgarten. Frau Stadtrat Christine Beck stellt die Frage, wer für die Vermietung des Kulturhausgartens zuständig sein wird. Herr Stadtrat Robert Pintz erklärt hierzu, dass für die Vergabe bzw. Vermietung des Kulturhausgartens die Stadtgemeinde Gänserndorf zuständig sein wird.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt die Frage, wer die Benützung des Platzes vergeben kann bzw. wem der Platz zur Verfügung steht. Herr Stadtrat Robert Pintz gibt hierzu bekannt, dass diese Frage zur Zeit nicht zur Diskussion steht bzw. dass zur Zeit noch alles offen ist.

Herr Bürgermeister Johann Karl stellt fest, dass der Kulturhausgarten ein Gemeindegrundstück ist. Die Vergabe bzw. die Verpachtung dieses Grundstückes obliegt daher dem Gemeinderat.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 13:** Herr Stadtrat Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für das Jugendzentrum ein Teilbetrag der im Budget 2006 vorgesehenen Mittel in Höhe von **€ 2.000,-** ausbezahlt werden soll.

Die Verantwortlichen des Jugendzentrums (unter anderem Herr Bernhard Ruthammer) können somit eigenständig Anschaffungen für das Jugendzentrum tätigen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Bielik

**Punkt 14:** Herr Stadtrat Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für den Ostermarkt am Kirchenplatz am 1. u. 2. April sowie am 8. u. 9. April 2006 für „Künstlergagen“ ein Betrag in der Höhe von

**€ 300,-**

beschlossen werden.

Die Kosten sollen aus dem Kulturbudget bezahlt werden.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Petsche

**Punkt 15:** Herr Stadtrat Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für das „Konzert für Kinder und Kenner“ der „Jungen Philharmonie“ und „Karneval der Tiere“ am Samstag, dem 20. Mai 2006 im „alten Turnsaal“ der Hauptschule, Kosten in der Höhe von

**€ 1.500,-**

genehmigt werden soll.

Diese Kosten inkludieren die Gage, die Raummiete, die Werbung und sonstige Kosten. Der Eintritt für diese Veranstaltung soll € 5,- pro Person betragen.

Die Kosten sollen aus dem Kulturbudget bezahlt werden.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Petsche

**Punkt 16:** Herr Stadtrat Robert Michl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Architekturplanungsbüro DI. Walter Deschka mit den Architektenleistungen (Planung, öffentliche Bauaufsicht, Planungs- und Baustellenkoordination) zu Honorarkosten von € 63.501,67 exkl. USt. lt. Anbot vom 13.1.2006 bei Gesamtherstellungskosten von ca. €

411.000,-- exkl. USt. lt. Grobkostenschätzung vom 13.1.2006 für die Neugestaltung der Kassahalle und des Restaurants sowie diverser sonstiger Instandsetzungsarbeiten zu Kosten von € 25.000,-im Hallenbad bzw. Freibad beauftragt werden soll.

Die Vergabe wurde bereits in der Stadtratssitzung am 18.1.2006 unter Punkt 2/8 beschlossen, jedoch ist lt. Gemeindeordnung ein Gemeinderatsbeschluss, da Leistung € 36.300,-- übersteigt, erforderlich.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 17:** Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass ab dem heurigen Jahr die Sperrmüllabfuhr wie folgt durchgeführt werden sollen (im Jahr 2005 befanden sich beim Sperrmüll mehr als 50 % andere Abfälle, wie Restmüll, Textilien, Altpapier und auch Sondermüll):

Das Gemeindegebiet wird in ca. 9 Sprengel eingeteilt (ähnlich wie bei den Wahlen). Mit der Abholung wird mit dem Sprengel 1 an einem Montag (im September) begonnen, Sprengel 2 an einem Dienstag usw. Für die einzelnen Straßen des jeweiligen Sprengels wird eine Uhrzeit festgelegt, zu welcher der abzuholende Sperrmüll bei Anwesenheit des Liegenschaftsbewohners von einem Mitarbeiter der Gemeinde besichtigt bzw. abgeholt wird. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass nur wirklicher Sperrmüll vor den Grundstücken gelagert und auch abgeholt wird. Andere Abfälle müssen vom Liegenschaftsbewohner selbst entsorgt werden und dürfen nicht vor den Grundstücken gelagert werden.

Herr GR. Volker Weiss ist der Ansicht, dass diese Regelung nicht umzusetzen ist. Es müssen sich die Bürger Urlaub nehmen, wenn sie Sperrmüll in der vorgeschlagenen Form entsorgen lassen wollen. Außerdem werden die festgesetzten Abholtermine nicht eingehalten werden können. Die Gemeinde ist gesetzlich verpflichtet, einmal im Jahr eine Sperrmüllabfuhr durchzuführen. Ist der Ansicht, dass es besser wäre, wenn man eine Regelung findet, bei der der Bürger bei der Stadtgemeinde Gänserndorf anruft und dann der Sperrmüll seitens der Stadtgemeinde abgeholt wird.

Herr Stadtrat Rene Lobner gibt Herrn Gemeinderat Volker Weiss insofern recht, dass diese Regelung nicht leicht umzusetzen ist. Die vorgeschlagene Regelung stellt einen Versuch dar. Sollte sich herausstellen, dass der administrative Ablauf nicht funktioniert, muss sich der Ausschuss noch einmal zusammensetzen.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt zum Vorschlag des Herrn Volker Weiss fest, dass es bei 8.000 Einwohnern sicher nicht möglich ist, die Sperrmüllabfuhr individuell durchzuführen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Lang

Ende der Sitzung: 20,10 Uhr.

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Für die SPÖ:

Für die ÖVP:

Für die FPÖ:

Für DIE GRÜNEN: